

DIE LINKE. Velbert – Offerstraße 14a – 42551 Velbert

Stadt Velbert
z.H. des Vorsitzenden des Rates
Herr Bürgermeister Dirk Lukrafka
Thomasstraße 01
42551 Velbert

DIE LINKE. – Fraktion Velbert
Offerstraße 14a
42551 Velbert

Telefon: 02051 / 932810
Telefax: 02051 / 932811

buero@dielinke-velbert.de
www.dielinke-velbert.de

Velbert, 07. Februar 2020

Antrag der Fraktion „DIE LINKE.“ zur nächsten Sitzung des Rates Einrichtung einer kommunalen Pflegeeinrichtung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion „DIE LINKE. Velbert“ bittet den folgenden Antrag:

„Die Stadt Velbert plant (langfristig) eine kommunale Pflegeeinrichtung, und stellt dazu im nächsten Haushalt die finanziellen Mittel zur Verfügung.“

auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates aufzunehmen.

Begründung:

Durch die Privatisierung der vergangenen Jahre, gibt es in unserer Stadt keine kommunale Pflegeeinrichtung.

Die bei uns vorhandenen Pflegeeinrichtungen sind häufig als private Unternehmen gewinnorientiert, so dass die Pflegekosten vereinzelt in astronomische Höhen steigen können. Eine menschenwürdige Pflege sollte aber nicht nur den Gutverdiener*innen und Reichen zur Verfügung stehen, sondern gehört zur sozialen Daseinsvorsorge.

Alleine durch den demografischen Wandel müssen zukünftig mehrere Pflegeeinrichtungen errichtet werden, um die steigende Anzahl von Pflegefällen abdecken zu können.

Wir fordern, dass die Stadt langfristig Träger einer kommunalen Pflegeeinrichtung wird, wodurch eine kostengünstige und würdevolle Pflege für alle sichergestellt werden kann.

Eine Einrichtung einer kommunalen Pflegeeinrichtung hat dabei nicht nur den Vorteil, dass diese kostengünstiger als die privaten ist.

Sie genießt bei den Einwohnerinnen und Einwohnern aufgrund ihrer weltanschaulichen Ungebundenheit ein besonderes Vertrauen. Eine zunehmende Zahl von Menschen ist konfessionell nicht mehr gebunden und wünscht sich auch im Alter, weltanschaulich neutral betreut zu werden, ohne über größere

finanzielle Reserven zu verfügen. Schließlich war es bisher oftmals kommunalen Heimen vorbehalten, Personen zu betreuen, die bei anderen Trägern nicht aufgenommen wurden.

Ein nicht unerheblicher Vorteil kommunaler Trägerschaft besteht natürlich auch darin, dass erwirtschaftete Überschüsse im Unternehmen bleiben und so unmittelbar zur Qualitätsverbesserung genutzt und nicht von privaten renditeorientierten Eigentümern abgezogen werden.

Schlussendlich haben kommunale Heime gegenüber den bundesweit oder sogar europaweit operierenden Trägerketten den Vorzug der örtlichen Verbundenheit. Innerhalb des jeweiligen Quartiers kann und sollte dem kommunalen Heim daher eine steuernde, koordinierende Funktion zukommen.

Letztendlich gilt: Eine würdevolle Pflege für alle gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Zudem kann eine hoch entwickelte öffentliche Infrastruktur der Pflege einen hohen gesellschaftlichen Nutzen stiften.

Mit freundlichen Grüßen

Can Kulakci
(Fraktionsgeschäftsführer)

Harry Gohr
(Fraktionsvorsitzender)